

# Keine Nachsicht für Flirts mit den Braunen

Zur: „Meuthen verlässt die AfD“ und „Ganz rechts“, FR-Politik und -Meinung vom 29. Januar

Eigentlich ist der Austritt von Jörg Meuthen aus der AfD zu erwarten gewesen. Kein ernst zu nehmender politischer Beobachter wird Meuthens Erkenntnis, dass die AfD nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht und „ganz klar totalitäre Anklänge“ hat, in Zweifel ziehen. Trotzdem ist Meuthens Aussage von hoher Bedeutung für die Entwicklung dieser rechtsradikalen Gruppierung. Ein großer Teil der Bevölkerung erkennt, dass die offen in der AfD

vorhandene NS-Ideologie und die Ideen des offiziell aufgelösten „Flügels“ mit den Positionen der Gesamtpartei längst identisch sind. Das zeigt die Gefährlichkeit dieser leider in Länderparlamenten und Bundestag vertretenen rechtsextremen Vereinigung. Es schreit zum Himmel, dass sich CDU-Mann Max Otte von jenen Konsorten zum Bundespräsidentenkandidaten nominieren ließ. Für das Liebäugeln oder Flirten mit diesem braunen Pöbel gibt es keinerlei Entschuldigung. Die

AFD ist der Feind dieser Demokratie, muss vom Verfassungsschutz beobachtet werden, und es ist Demokratenpflicht, ihr mit Zivilcourage entgegenzutreten. Man braucht keinen autoritären Charakter zu haben, um offensiv das Verbot dieser braunen Meute zu fordern. Es geht um unsere Demokratie! Wenn die AfD jemals mit exekutiver Verantwortung ausgestattet würde, wäre es Zeit für Demokratinnen und Demokraten, dieses Land zu verlassen.  
Manfred Kirsch, Neuwied



**BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION**

**Schreiben Sie an:**  
Bronski  
Frankfurter Rundschau  
60266 Frankfurt am Main

**Mailen Sie an:**  
Bronski@fr.de oder  
Forum@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihre Zuschrift auch online unter [www.frblog.de](http://www.frblog.de) veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften zur Veröffentlichung zu kürzen.

## FR ERLEBEN

**Claus-Jürgen Göpfert** zieht mit Dominike Pauli, Co-Fraktionsvorsitzende der Linken im Römer, eine Zwischenbilanz der neuen Regierungskoalition im Frankfurter Römer, Anmeldung/Platzreservierung über Formular, Teilnahme per Video: [club-voltaire.de/video](http://club-voltaire.de/video)  
**Donnerstag, 10. Februar, 19 Uhr**  
**Club Voltaire, Kleine Hochstraße 5, Frankfurt**

**Pitt von Bebenburg** spricht mit Reem Alabali-Radovan, der neuen Migrationsbeauftragten der Bundesregierung, und moderiert anschließend eine Diskussion über die Migrations- und Integrationspolitik mit Bundestagsabgeordneten verschiedener Fraktionen. Eine Veranstaltung im Rahmen der Vorbereitungswoche 2022. Informationen und Anmeldung unter: [interkulturellewoche.de/Tagung2022](http://interkulturellewoche.de/Tagung2022)  
**Samstag, 12. Februar, 9.15 Uhr**

## SORRY

In unserer „Gastwirtschaft“ vom 27. Januar (S.12) unter der Überschrift „Tatenlose Politik“ haben wir einmal mehr mit Kommata gegeizt. Es besteht ein gewisser Unterschied zwischen 150 Billionen und – wie es richtig hätte heißen müssen – 1,5 Billionen Dollar.

# In ständiger Aufregung und Anspannung

„Querdenken“: „Eine neue Dimension des Hasses“, FR-Tagesthema vom 25. Januar

Mir fallen die Querdenker von 1968 ein, die Kritik übten und einen öffentlichen theoriegeleiteten Diskurs auf der Straße und in Hörsälen führten. Kritik und Diskussion muss das Lebenselixier einer Demokratie sein. In konzentrierter Debatte, die Widersprüche zulässt und hinterfragt, müssen Begrifflichkeiten bestimmt werden.

Paul Masons hat recht: Totalitäre Systeme arbeiten mit der paradoxen Umdeutung von Realitäten. Konstruktive außerparlamentarische Kritik und gefährliche Demagogie unterscheiden sich durch den Gebrauch der Sprache und durch die Form des

Austauschs über die Realität der sichtbaren Welt. 1968 unterlag die öffentliche Kommunikation noch staatlicher Hoheit. Zielführende Debatten verliefen in Foren mit einer Kultur direkter Kommunikation unter lebendigen Menschen. Die privaten funkbasierten Nachrichtendienste verkaufen sich heute dagegen gewinnorientiert durch Aufregung und Überstimulierung. Ein Diskurs über die vernunftgeleitete Bestimmung von Tatsachen und deren Auslegung geht in der Erregung unter. Es wäre nicht falsch, eine Gemeinsamkeit zwischen den Truppenaufmärschen an der Grenze zur Ukraine und den Spaziergän-

gen in sächsischen Städten zu erkennen. Intelligente Feinde der Demokratie haben Schwachstellen entdeckt, die mit gefährlichem Kalkül genutzt werden. Die staatlichen Instanzen und Gremien werden in Aufregung und Anspannung gehalten, sind beschäftigt und abgelenkt.

Um eine Verständigung über die Bedeutung von Freiheit und Bürgerrechten wieder herzustellen, sind Bürgerräte als ruhige Stimme der außerparlamentarischen Zivilgesellschaft zu begrüßen. Der schädliche Einfluss der mobilen Medien sollte dagegen regulativ begrenzt werden.  
Peter Hartwig, Ginsheim-Gustavsburg

## Das Wetter: Regen oder Schnee, böiger Wind

